

08.05.2026 | Finanzen

Christopher Vogt zu TOP 19+63 "Rolle der schleswig-holsteinischen Finanzbehörden im Nationalsozialismus"

In seiner Rede zu TOP 19+63 (Gemeinsame Beratung a) Mündlicher Bericht über die Rolle der schleswig-holsteinischen Finanzbehörden im Nationalsozialismus; b) Forschungsbericht „Rolle der schleswig-holsteinischen Finanzbehörden bei der Entrechtung, Ausbeutung und Deportation von Jüdinnen und Juden, von Sintize und Sinti sowie Romnja und Roma“) erklärt der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion,

Christopher Vogt:

„Vielen Dank für den Bericht! Und vielen Dank an alle Beteiligten – vor allem an das Finanzministerium, das hier wirklich gute Arbeit geleistet hat! Ich finde, es hat sich gelohnt, dieses dunkle Kapitel der schleswig-holsteinischen Finanzbehörden endlich einmal genauer aufzuarbeiten.

Es war richtig, dass wir diese Aufarbeitung vor rund drei Jahren auf unsere Initiative hin und nach Hamburger Vorbild hier gemeinsam auf den Weg gebracht haben. Denn der Völkermord an den Juden und an den Sinti und Roma begann auch in Schleswig-Holstein nicht mit der Deportation oder in den Konzentrationslagern. Erst waren es Worte und dann kam die rechtliche Unterdrückung und die finanzielle Vernichtung, bis es dann zur physischen kam.

Und bei dieser finanziellen Vernichtung haben die NS-Finanzbehörden auch in Schleswig-Holstein eine ganz zentrale Rolle gespielt. Und das ist vielen Menschen bis heute gar nicht so richtig klar. Es waren eben nicht nur marodierende SA-Männer, perfide Gestapo-Beamte oder SS-Leute, die den Holocaust vorbereitet und durchgeführt haben, es waren auch die Beamten der damaligen NS-Finanzbehörden. Es geht hier um die NS-Verwaltungspraxis, also um das konkrete Handeln des Fiskus, der Devisenstellen, der Finanzämter und der Zollbehörden und damit staatlich nachgeordneten Behörden.

Der Bericht macht deutlich, wie sehr scheinbar nüchternes Verwaltungshandeln staatliche Repression sehr effektiv stützen kann und wie auf diese Weise Finanzbehörden ein ganz entscheidender Teil eines Unrechtsstaates werden können. Auch wenn gegen Kriegsende viele Akten vernichtet wurden und es mittlerweile kaum noch Zeitzeugen gibt, zeigt der Bericht ein klares, erschreckendes Bild: In Schleswig-Holstein wurden rund 2.500 Menschen Opfer dieser perfiden antisemitischen und rassistischen NS-Verwaltungspraxis.

Schleswig-Holstein war damals ja schon recht früh eine braune Hochburg innerhalb des Deutschen Reichs. Der Reichspogromnacht am 9. November 1938 und der Deportation der Jüdinnen und Juden im Dezember 1941, die zentrale Ereignisse bei der Verfolgung waren, gingen eine ganze Reihe von Maßnahmen voran, bei der die Finanzbehörden eine entscheidende Rolle gespielt haben. Die Verfolgung von Sinti und Roma erfolgte, anders als bei den jüdischen Bürgern, nicht durch die Finanzbehörden, sondern durch die Polizei und die Gestapo. Auch dies ist meines Erachtens eine wichtige Erkenntnis bei der Aufarbeitung.

Heutzutage sind für uns die Begriffe der Rechtsstaatlichkeit und der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung grundsätzlich positiv besetzt. Sie stehen für die Bindung aller Staatsgewalt an Recht und Gesetz, für die Grundrechte, für Rechtssicherheit und damit gegen willkürliches staatliches Handeln. Viele Bürger mussten jedoch zwischen 1933 und 1945 das Gegenteil erleben. Hier wurden Behörden und ihre Verwaltung dazu benutzt, um für das Regime unliebsame Menschen Schritt für Schritt aus der Gesellschaft auszustoßen. Das geschah nicht unbedingt unter großem Aufsehen oder mit offensichtlichen, sichtbaren Spuren für den Rest der Gesellschaft. Bei einem reinen Verwaltungsakt wird – zumindest nicht unmittelbar – niemand direkt von der Gestapo oder der SS aus der Wohnung gezerrt oder vor den Augen des Nachbarn in ein Lager verschleppt. Aber das heißt nicht, dass behördliche Anweisungen nicht weniger effektiv waren. Sie waren nur weniger sichtbar.

Das macht es in meiner Wahrnehmung noch perfider, weil hier quasi im Gewand nüchterner Verwaltung Menschen gezielt und systematisch ihrer Lebensgrundlagen beraubt wurden. Finanzämter wurden zu Stellen der Ausforschung und Überwachung, sie trugen zur steuerlichen Diskriminierung und zur Ausschließung bei. Die Zollfahndung und Devisenstellen arbeiteten mit der Gestapo zusammen. Konten wurden gesperrt, Reichsfluchtsteuern eingezogen und Ausgleichsabgaben bei Zwangsverkäufen eingezogen. In der Konsequenz wurde für die betroffenen Menschen ein menschenwürdiges Leben in Deutschland Schritt für Schritt unmöglich gemacht.

Nennenswerter Widerstand innerhalb der Finanzbehörden ist nicht überliefert. Es wurde sogar eingezogenes Mobiliar jüdischer Familien für die Ausstattung der Finanzämter genutzt und es gab Fälle von Korruption, also Finanzbeamte haben sich auch persönlich bereichert. Das ist für mich fast schon die bitterste und zugleich erschreckendste Erkenntnis des Berichts: wie schnell, umfassend und geräuschlos sich die Beamten auch in den Finanzbehörden nach der Machtergreifung der Nazis mir ihrer ‚neuen Rolle‘ arrangiert und wie sie in weiten Teilen widerspruchslos und sogar bereitwillig willkürliche und zerstörerische Verwaltungsakte vollzogen haben – und somit Teil einer bürokratisch organisierten Entrechtung und Verfolgung wurden. Hier muss man sich die Frage stellen, warum das so war: Haben sich Behördenleiter und Mitarbeiter mit den Zielen der Maßnahmen selbst identifiziert? War es eine verbreitete Obrigkeitshörigkeit und das Bedürfnis, staatlich gemachte Vorgaben auch gewissenhaft umzusetzen? Oder war es vielmehr die Angst, bei Nichtbefolgen selbst Konsequenzen fürchten zu müssen und eigene Beförderungen zu riskieren?

All diese Gründe sind möglich und sollten uns auch heutzutage zu denken geben. Denn sie werfen die Frage auf, was mit unseren Institutionen passieren könnte, wenn die freiheitlich-demokratische Grundordnung nicht mehr die Grundlage dieses Staates bilden sollte. Auch nach dem Krieg gab es bei den Verantwortlichen kein wirkliches Unrechtsbewusstsein. Das Wort ‚Wiedergutmachung‘ hat das Finanzministerium in seiner Broschüre zu Recht in Anführungszeichen geschrieben, denn dafür waren nicht selten die selben Beamten verantwortlich, die während der NS-Zeit die fiskalische Verfolgung der Opfer durchgeführt hatten.

Ich würde mich freuen, wenn diese wichtige Aufarbeitung dazu beitragen kann, das Geschichtsbewusstsein gerade auch der jungen Menschen in Schleswig-Holstein zu schärfen.“

Sperrfrist Redebeginn!

Es gilt das gesprochene Wort.



Christopher Vogt

Vorsitzender

Kontakt:

Eva Grimminger, v.i.S.d.P.

Pressesprecherin

Tel.: 0431 988 1488

fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de

FDP-Fraktion Schleswig-Holstein, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

E-Mail: fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de, Internet: www.fdp-fraktion-sh.de